



Der Terrorangriff der Hamas auf Israel Der Krieg im Nahen Osten und die Folgen

Eine Orientierungshilfe für die Kirchengemeinden in der Evangelischen Kirche von Westfalen



Übersicht

Vorwort	3
Einführung	4
Was ist seit dem 7. Oktober 2023 passiert?	6
Zu Reaktionen auf den Terrorangriff für Israel und zu seinen Folgen für den Nahen Osten	8
Wie können wir als Evangelische Kirche von Westfalen auf diese Situation reagieren?	10
Was können wir als Kirchengemeinden tun?	12
Schlussbemerkung	13

Vorwort

Der folgenschwere Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 gegen Israel stellt das Motto der diesjährigen Friedensdekade „Sicher nicht – oder?“ in ein neues Licht.

Der Staat Israel als ein sicherer Ort für Menschen jüdischen Glaubens aus aller Welt hat sich sehr verwundbar gezeigt. Menschen in Israel wurden auf schrecklichste Weise attackiert und getötet oder entführt.

Der Krieg der israelischen Armee gegen die Hamas als Reaktion auf diesen brutalen Terroranschlag bringt uns in unseren friedensethischen Überzeugungen in den Konflikt zwischen dem Recht Israels, sich zu verteidigen, und der Tatsache, dass dieser Krieg zu einer hohen Zahl an zivilen Opfern führt.

Zur Gewalt kommt es auch im Westjordanland, wo radikale israelische Siedler im Schatten des Krieges palästinensische Dörfer attackieren. Dies alles zeigt: Es fehlt zurzeit ein erkennbarer Plan, wie angesichts der jetzigen Gewalteskalation das Zusammenleben der Menschen nach diesem Krieg in der Gesamtregion Israel/Palästina aussehen und gestaltet werden soll.

In diesen Tagen, in denen der Antisemitismus in unserer Gesellschaft wieder deutlich um sich greift und gleichzeitig auch islamfeindliche Tendenzen zunehmen, suchen wir als Christinnen und Christen in unseren Gemeinden und Kirchenkreisen nach Orientierung.

Der Gedenktag zum 9. November, die diesjährige Friedensdekade und unsere Synoden stehen im Zeichen der Geschehnisse in Israel, Gaza und im Westjordanland.

Es ist nicht leicht, differenziert und gut begründet darauf zu reagieren und in entsprechenden Stellungnahmen an die Öffentlichkeit zu treten.

Deswegen haben wir in einem Kreis von Personen, die in der Verantwortung für die Nahostarbeit und Friedensarbeit unserer Landeskirche stehen, eine Orientierungshilfe erarbeitet, die in den Kirchenkreisen und Gemeinden in diesen Wochen helfen möge, ein annähernd differenziertes Gesamtbild des jetzigen Nahostkonfliktes zu gewinnen.

Es bleibt unsere Aufgabe, in einer doppelten Verbundenheit mit den Menschen in Israel und Palästina in Kontakt zu bleiben, für sie zu beten und sie zu unterstützen, wo sie sich weiterhin um Dialog und Frieden, aber auch um Hilfe für die Opfer von Terror und Krieg einsetzen.



Christian Bald



Dr. Albrecht Philipps

Superintendent Christian Bald
Friedensbeauftragter der EKW

Landeskirchenrat Dr. Albrecht Philipps
Ökumenedezernent der EKW

Einführung

Der brutale Terrorangriff der radikalislamischen Organisation Hamas auf den Staat Israel zielt darauf ab, die Machtverhältnisse im Nahen Osten grundlegend zu verändern.

Die Hamas hat die Reaktion der jetzigen israelischen Regierung, den Staat Israel vor den bislang rund 9.000 Raketenangriffen zu schützen und mit allen ihr zur Verfügung stehenden militärischen Mitteln die Hamas zu bekämpfen, bewusst provoziert und eine daraus folgende humanitäre Katastrophe in Kauf genommen.

Sie hofft, dass die arabische Welt Israel gegenüber – je folgenschwerer sich der Krieg in Gaza auswirken wird – den Krieg erklären wird. Die Frage ist, ob arabische Staaten diesem Kalkül folgen werden.

Als Christinnen und Christen in der Evangelischen Kirche von Westfalen sind wir mit vielen Menschen in Israel und Palästina seit Jahrzehnten verbunden, unterstützten jüdische, christliche und interreligiöse Einrichtungen und Initiativen, die sich seit langem für Dialog, Verständigung, Frieden und sozial-diakonische Hilfe einsetzen sowie im Bildungsbereich tätig sind. Sie alle sind in unterschiedlicher Weise direkt betroffen sowohl durch den Terror des 7. Oktobers als auch durch den darauffolgenden Krieg.

Dieser Krieg findet nicht nur in Gaza und den angrenzenden israelischen Gebieten statt, sondern auch im Norden Israels durch wiederholte Angriffe der Hisbollah im Südlibanon. Menschen mussten im Norden und Süden Israels evakuiert werden und in anderen Städten und Teilen Israels Unterkunft finden.

Israel befindet sich im Kriegszustand und versucht, die Organisation der Hamas im Gazastreifen komplett zu zerstören. Für die hier lebenden zwei Millionen Menschen bedeutet das ein täglicher Kampf ums Überleben, da die Fluchtmöglichkeiten begrenzt und die Versorgungslage katastrophal ist.

Dieser Krieg hat auch starke Auswirkungen für die Menschen im Westjordanland. Der Weg zur täglichen Arbeit in Israel ist nicht möglich, weil die Checkpoints, die sie sonst täglich passieren mussten, geschlossen wurden. Touristen bleiben aus, eine zweite sozial-ökonomische Krise ein Jahr nach Corona bahnt sich an.

Im Schatten dieses Krieges verüben radikale Siedler immer wieder Angriffe auf Menschen in Palästina, so dass auch hier in der Westbank täglich Menschen Opfer von Gewalt, auch durch israelische Sicherheitskräfte werden.¹ Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem berichtet, dass allein seit dem 7. Oktober 2023 Menschen aus 15 palästinensischen Dörfern vertrieben worden sind.² Immer wieder gibt es einzelne Angriffe von radikal-islamischen Palästinensern zum Beispiel in Jerusalem.

1 Allein 188 getötete Palästinenser*innen im Westjordanland seit dem 7. Oktober, Stand: Münchener Merkur, vgl. www.merkur.de vom 14. November 2023.

2 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. November 2023, Nummer 260, Seite 3.

Der über Jahrzehnte schwelende und immer wieder gewaltsam aufbrechende Nahostkonflikt hat jetzt eine dramatische Eskalationsstufe erreicht, die viele Menschen auch in unseren Gemeinden, aber auch im Alltag, zum Beispiel in den Schulen, Position ergreifen lässt oder zu Konflikten führt, zu Solidaritätsbekundungen in ganz unterschiedlicher Form, zu neu erstarkendem Antisemitismus, aber auch zu islamfeindlichen Reaktionen.

In dieser Situation möchten wir Sie in den Kirchengemeinden bitten, wachsam zu bleiben und gleichzeitig sich selbst darum zu bemühen, in einer *doppelten Verbundenheit* mit den Menschen in Israel und Palästina zu bleiben.

Das heißt, sich darum zu bemühen, diesen Konflikt in seiner Komplexität zu *sehen*, Stimmen aus Israel und Palästina differenziert zu *hören* und in unserer Gesellschaft aktiv zu *handeln*, wo Menschen ausgegrenzt oder unter Generalverdacht gestellt werden.

Der Wunsch, sich auf eine Seite des Konfliktes zu stellen, ist verständlich und kann auch in bestimmten Zeiten notwendig sein.

Doch selbst unsere Partnerinnen und Partner, die seit vielen Jahren in Israel und Palästina für Dialog, Verständigung und Frieden eintreten, mahnen uns, schaut genau hin und erliegt nicht der Versuchung, Unrecht mit Unrecht zu vergleichen oder sich auf eine Seite zu stellen und das Leid, die Sorgen und Ängste der anderen auszublenden.

Rund 75 Jahre nach der Staatsgründung des Staates Israel zeigt der jüngste Terror und Krieg, dass die große Frage, wie Menschen aus Israel und aus Palästina in der Region des Nahen Ostens in Frieden zusammenleben können, bis heute keine bleibende Antwort gefunden hat, sondern wahrscheinlich noch nie so drängend im Raum steht, wie in diesen Tagen.

Terror und Krieg und die Reaktionen weltweit darauf zeigen aber auch, dass viele Staaten an der Seite Israels oder an der Seite Palästinas eigene politische Interessen verfolgen, die bislang nicht zu einer Lösung dieses Konfliktes geführt haben. Während die einen sich ansatzweise bemüht haben, steuerten andere Staaten bewusst dagegen. Wie soll es in Zukunft – nach diesem Krieg – weitergehen, fragen sich in diesen Tagen viele Menschen?

Mit dieser Orientierungshilfe geben wir Ihnen einige Informationen an die Hand, die Ihnen helfen mögen, in einer doppelten Verbundenheit mit den Menschen im sogenannten „Heiligen Land“ zu bleiben, welches auch für uns als Christinnen und Christen von zentraler Bedeutung ist.

Was ist seit dem 7. Oktober 2023 passiert?³

- 50 Jahre nach dem Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973, am Morgen des jüdischen Festes der Torafreude (Simchat Tora) am 7. Oktober 2023, wurden die Menschen in Israel Opfer eines brutalen Überfalls durch die radikalislamische Terrorgruppe Hamas. Sie ist vor allem aus dem Gazastreifen in den Staat Israel eingedrungen und hat in vielen Städten und Ortschaften in der näheren und weiteren Umgebung des Gazastreifens israelische Bürgerinnen und Bürger brutal attackiert und getötet.
- Über Land, aus der Luft und über das Mittelmeer erfolgte der Großangriff auf Israel mit Tausenden von Raketen. Über 1.200 Menschen wurden bislang getötet, mindestens 5.000 Menschen verletzt, darunter eine große Zahl an Schwerverletzten. Der Raketenbeschuss geht unvermindert weiter.
- Besonders dramatisch ist die Entführung einer großen Zahl (vermutlich mehr als 260 Personen) von Menschen in den Gazastreifen. Neben Israelis wurden auch andere Staatsangehörige, darunter einzelne Deutsche verschleppt. Viele von ihnen sind Frauen, Kinder und junge Erwachsene, die an einem Musikfestival in der Nähe des Gazastreifens teilgenommen hatten. Hamas-Terroristen hatten die Teilnehmenden des Musikfestivals auf brutalste Art und Weise angegriffen, sodass allein hier etwa 260 Menschen ermordet wurden. Ebenso verübten sie ein entsetzliches Massaker im Kibbuz Kfar Aza.
- Bei den darauf erfolgten israelischen Gegenangriffen im Gazastreifen wurden bislang mindestens 11.000 Menschen getötet und etwa 27.000 Palästinenserinnen und Palästinenser verletzt, darunter auch viele Schwerverletzte.
- Die israelische Regierung unter Ministerpräsident Netanjahu verfolgt jetzt als Reaktion auf den Terrorangriff die komplette Zerschlagung der Hamas und ihrer Infrastruktur im Gazastreifen. Um dafür den nötigen politischen Rückhalt zu haben, hatte Ministerpräsident Netanjahu am 11. Oktober 2023 zusammen mit dem Oppositionspolitiker Benny Gantz eine gemeinsame Notstandsregierung gebildet. Oppositionsführer Jair Lapid ist allerdings dieser Notstandsregierung wegen der Beteiligung der radikalen Siedlerpartei und der ultraorthodoxen Partei an der Regierung nicht beigetreten. Im Gazastreifen leben zwei Millionen Menschen auf engstem Raum, auf einer Fläche von 360 Quadratkilometern und mehr als 5.300 Menschen pro Quadratkilometer im Unterschied zur Bevölkerungsdichte in Israel von 410 Einwohnern pro Quadratkilometer. Rund eine Million Menschen mussten auf Anordnung der israelischen Regierung den Norden des Gazastreifens verlassen und in den Süden flüchten. UN-Organisationen und andere Hilfswerke beklagen die dadurch ausgelöste extrem schwierige Versorgung der Geflüchteten mit provisorischen Unterkünften, Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten. Die israelische Armee hat inzwischen den Gazastreifen geteilt. Politisch besteht bislang keine Einigung darüber, wie der Gazastreifen nach der Zerschlagung der Hamas regiert und verwaltet werden soll.

³ Alle Angaben zu den Zahlen der Opfer und Verletzten beruhen auf den verfügbaren Informationen zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage.

- Israel wird bedroht durch die radikalislamische Hamas⁴ in Gaza, die weiterhin Israel mit Raketen beschießt, durch die schiitische Hisbollah⁵ im Libanon, die nach offiziellen Angaben hochgerüstet ist und vom Iran unterstützt wird. Nicht nur der Iran, auch einzelne arabische und mehrheitliche muslimische Staaten, die noch keinen Friedensschluss mit Israel haben (wie es Ägypten und Jordanien haben), unterstützen radikale Kräfte, deren Ziel es ist, den Staat Israel zu vernichten.
- Im Westjordanland kam es bereits vor der jetzigen Auseinandersetzung und kommt es auch jetzt wiederholt dazu, dass Sicherheitskräfte und jüdische Siedler Palästinenser angreifen, verletzen oder töten, so in Ramallah, Bethlehem und Jenin und in der Nähe von jüdischen Siedlungen. Von palästinensischer Seite gibt es vereinzelt Messerattacken oder andere Formen von Gewalt und tödlichen Attacken gegen Israelis, wie zum Beispiel in Jerusalem oder in den Monaten zuvor in Tel Aviv.

4 Zur Hamas: Richard C. Schneider, Die Sache mit Israel. Fünf Fragen zu einem komplizierten Land, München 2023, Seite 100 und Muriel Asseburg, Palästina und die Palästinenser. Eine Geschichte der Nakba bis zur Gegenwart, München 2021, Seiten 198 bis 200.

5 Zur Hisbollah: Dieter Vieweger, Streit um das Heilige Land. Was jeder vom israelisch-palästinensischen Konflikt wissen sollte, 4., erweiterte und aktualisierte Auflage, Gütersloh 2013, Seiten 247f. und 288.

Zu Reaktionen auf den Terrorangriff für Israel und zu seinen Folgen für den Nahen Osten

Die Gewissheit, als Jüdinnen und Juden im Staat Israel in Sicherheit leben zu können, wurde mit diesem Terrorangriff der Hamas auf Israel, zutiefst erschüttert:

- Erschüttert wurde das Vertrauen in die eigenen Sicherheitskräfte (Armee, Geheimdienst) und in die Regierung, weil sie die wachsende Gefahr durch die Hamas unterschätzt und die eigene Bevölkerung nicht vor diesem massiven Terroranschlag geschützt hat. Stattdessen war die seit dem 29. Dezember 2022 amtierende rechtsreligiöse Netanjahu-Regierung in den letzten Monaten damit befasst, die von ihr betriebene Justizreform zu beschließen, die die israelische Gesellschaft stark polarisiert und politisch tief gespalten hat. Ebenso hatte sich die israelische Regierung darauf konzentriert, den umstrittenen Siedlungsbau im Westjordanland weiter auszudehnen, was ohne Zweifel auf palästinensischer Seite den Hass auf Israel und seine jahrzehntelange Besatzungspolitik verstärkt hat.
- In manchen Reaktionen in Israel wird ein Vergleich zwischen dem großangelegten Terrorangriff der Hamas und dem 11. September 2001 gezogen. Andere setzen den Terrorangriff in Beziehung zur Schoa, weil erneut in der Geschichte Israels jüdische Menschen ermordet wurden, „nur weil sie Juden waren“. Fakt ist, dass seit der Schoa keine annähernd so große Zahl an jüdischen Opfern zu beklagen war.
- Die israelische Regierung hat mit harten militärischen Gegenschlägen durch die Luftwaffe, Marine und Bodentruppen auf den Terrorangriff reagiert, sowohl um den Staat Israel vor den anhaltenden Raketenangriffen aus Gaza zu verteidigen, zugleich aber mit dem Ziel, die Terrororganisation Hamas im Gazastreifen komplett zu zerstören.
- Das hat in kürzester Zeit eine katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen für die Zivilbevölkerung verursacht, insbesondere durch die bislang sehr hohe Zahl an zivilen Opfern, darunter Kinder, Frauen und ältere Menschen. Schutzmöglichkeiten für die Menschen in Gaza sind sehr begrenzt. Der einzige Grenzübergang nach Ägypten wird nur gelegentlich geöffnet, sowohl um einzelne wenige Menschen, die einen ausländischen Pass besitzen, nach Ägypten ausreisen zu lassen, um Schwerverletzte in Ägypten medizinisch zu behandeln und auch um Hilfstransporte in den Gazastreifen zu ermöglichen. Dennoch bestehen kaum Fluchtmöglichkeiten für die Zivilbevölkerung, die vom israelischen Militär wiederholt aufgefordert wurde, den Norden und die Stadt Gaza zu verlassen und im Süden des Gazastreifens, der aber auch wiederholt bombardiert worden ist, Schutz zu suchen.

- Zugleich besteht eine weitere humanitäre Katastrophe darin, dass schon jetzt die im Gazastreifen vorhandenen Krankenhäuser überfordert sind, die hohe Zahl der Verletzten zu behandeln und selbst von Kriegshandlungen betroffen sind, weil die Führung der Hamas ihre Kommandozentralen unter oder in der Nähe von Krankenhäusern unterirdisch installiert haben.
- Zudem hat die israelische Regierung für mehrere Tage die Strom- und Wasserversorgung nach Gaza unterbunden, ebenso die Einfuhr medizinischer Hilfsmittel, von Lebensmittel und Treibstoff. Zwischen- durch wurden einige dieser Maßnahmen wieder gelockert und die israelische Regierung hat auf Druck von außen zugesagt, die Wasserversorgung für den Süden Gazas wieder einzurichten. Dennoch fehlt es nach Angaben der UN-Behörden noch immer an Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten.
- Gleichzeitig riskiert die israelische Regierung durch ihren Angriff auf die Hamas, dass die hohe Zahl der Geiseln (unterschiedlicher Staatsangehörigkeit) diesem Angriff zum Opfer fallen werden. Einige wenige Geiseln konnten inzwischen befreit werden, andere wurden vermutlich schon getötet. Wie es den Geiseln wirklich geht und ob es gelingt, sie zu befreien, scheint vorerst ungewiss zu bleiben. Ebenso wurden auch zahlreiche Mitarbeitenden von UN-Organisationen und anderen humanitären Hilfsorganisationen selbst Opfer des Krieges zwischen der Hamas und der israelischen Regierung.
- Demokratische Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland erleben neben Solidaritätsbekundungen für Israel zunehmend Proteste gegen Israel, bei denen in mehreren Fällen die Taten der Hamas gefeiert wurden. Solidaritätskundgebungen für die Menschen in Palästina sind davon zu unterscheiden. Zuweilen mischen sich radikalislamische Kräfte unter die Demonstrierenden und zeigen einen verbalen Antisemitismus, der erschreckend ist. So geraten Menschen islamischen Glaubens unter Generalverdacht, den Terror der Hamas zu unterstützen, und werden wiederum von islamfeindlichen Tendenzen bedroht.
- Auch weltweit ist zu befürchten, dass die Proteste gegen Israel zunehmen werden und die Solidarität mit Israel (selbst in den USA und in Westeuropa) nachlassen könnte – trotz der hohen Zahl an Opfern unter der Zivilbevölkerung und unter israelischen Soldatinnen und Soldaten durch den grausamen Angriff seitens der Hamas. Deshalb ist es wichtig, die Erinnerung an den grausamen Terroranschlag vom 7. Oktober im öffentlichen Bewusstsein wach zu halten.

Wie können wir als Evangelische Kirche von Westfalen auf diese Situation reagieren?

- 1 Mit der Herausgabe einer Vorlage für Friedensgebete oder Gedenkgottesdienste hat das oikos-Institut für Mission und Ökumene bereits in der ersten Woche nach dem Terroranschlag unseren Gemeinden und Kirchenkreisen die Möglichkeit angeboten, auf die Ereignisse durch gemeinsame Gebete zu reagieren und Zeiten und Orte anzubieten, wo Menschen ihre Trauer, Solidarität und Anteilnahme zum Ausdruck bringen und ihre Hoffnung auf Frieden und eine Deeskalation bekunden können.

- 2 Präses Dr. h. c. Annette Kurschus hatte zuvor öffentlich die Solidarität mit den jüdischen Gemeinden und den Menschen in Israel bekundet. Sie hat dies bei der Kundgebung am 22. Oktober 2023 in Berlin erneut als klare Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland vertreten. Gerade angesichts der Tatsache, dass Jüdinnen und Juden sich in diesen Wochen in Deutschland erneut einer ständigen Bedrohung ausgesetzt sehen, sollten auch unsere Gemeinden hier klar Stellung beziehen und jeglichem Antisemitismus wehren.

- 3 Denn die aktuellen Geschehnisse konfrontieren uns mit einem sehr grundsätzlichen Problem in unserer Gesellschaft, dem Antisemitismus, den Menschen jüdischen Glaubens seit Ende des Zweiten Weltkrieges auch in der Bundesrepublik Deutschland wiederholt, wenn auch oft eher unterschwellig, manchmal aber auch direkt, wahrgenommen haben. Dabei gilt es unterschiedliche Richtungen dieses Antisemitismus voneinander zu unterscheiden:
 - Antisemitismus in der Mitte der deutschen Gesellschaft (durch die Verwendung von Stereotypen⁶)
 - Antisemitismus von rechts (Neonazis, AfD-Ideologie, rechtsextremistische Übergriffe auf Synagogen und so weiter)
 - Antisemitismus von links (Israel als „Verkörperung kapitalistischer Vorherrschaft in der Welt“ oder im Kontext der Diskussion über postkoloniale Strukturen).
 - Antisemitismus von muslimischen Gruppen (Ideologisierung vor allem junger Muslime über Soziale Medien und so weiter, Hamas-Sympathisanten, Gefahr radikal-islamische Gruppierungen in Deutschland)

In dieser Hinsicht gilt es auch, ungleiche Forderungen an die Konfliktparteien (so genannte „doppelte Standards“) zu unterbinden beziehungsweise offenzulegen.

6 Vgl. dazu einen Beitrag von Klaus Holz (ehemaliger Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V.) in der Frankfurter Rundschau vom 12. Oktober 2023: [Klaus Holz über Antisemitismus – „Wir produzieren riesige blinde Flecken“ / fr.de](#)

- 4 Angesichts wachsender muslimfeindlicher Einstellungen in unserer Gesellschaft ist es wichtig, Musliminnen und Muslimen nicht vorschnell mit der Hamas oder anderen islamistischen Gruppen gleichzusetzen. Zugleich muss im Gespräch mit muslimischen Organisationen eine Auseinandersetzung mit jüdenfeindlichen und extremistischen Tendenzen (auch gegen Menschen christlicher Überzeugung) in den eigenen Reihen gefordert werden.

- 5 Als Evangelische Kirche von Westfalen sind wir mit Kirchen, kirchlichen Einrichtungen, christlichen Organisationen und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die für Verständigung, Dialog und Frieden arbeiten, verbunden, oft auch über direkte Kontakte in die Gemeinden und Kirchenkreise hinein. Wir sind seit vielen Jahren verbunden mit Juden, Christen und Muslimen in Israel und Palästina.⁷ Das bedeutet eine doppelte Verbundenheit mit Menschen in Israel und in Palästina. An dieser grundlegenden Position ist auch jetzt weiterhin konsequent festzuhalten.

- 6 Deswegen ist es wichtig, auch jetzt unsere Kontakte als Gemeinden, Kirchenkreise und als Landeskirche über unsere Werke und Einrichtungen zu nutzen, um weiterhin Bildungs-, Friedens- und Versöhnungsarbeit sowie sozialdiakonische und therapeutische Unterstützung von Menschen in Not in Israel und Palästina zu unterstützen. Diese Unterstützung ist ein Zeichen der Solidarität mit Menschen in Israel und in Palästina in einer doppelten Verbundenheit, weil Menschen in dieser Region unter Hass und Gewalt auf beiden Seiten des Konfliktes leiden. Gerade jetzt haben es verschiedene Organisationen nicht leicht, ihre bisherige Arbeit weiterzuführen oder aufrecht zu erhalten.

- 7 Wenn jetzt von politischer Seite die weitere Unterstützung für palästinensische Einrichtungen und Projekte in Frage gestellt wird, müssen wir als Kirche deutlich machen, dass und warum wir unsere Zusammenarbeit mit unseren kirchlichen, ökumenischen und NGO-Partnerinnen nicht einstellen werden. Unsere Partner in Israel und Palästina unterstützen nicht den Terror gegen Israel, sondern suchen nach Dialog, Verständigung und Frieden und unterstützen Menschen im Bereich Bildung, Gesundheit und Rehabilitation.

- 8 Doppelte Verbundenheit heißt deshalb für uns als Kirchengemeinden in der Evangelische Kirche von Westfalen: Das Existenzrecht des Staates Israel darf niemals in Frage gestellt werden. Jüdische Einrichtungen in Deutschland und in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen sind zu schützen. Als Christinnen und Christen stellen wir uns an die Seite unserer jüdischen Geschwister. Gleichzeitig hat das palästinensische Volk das Recht auf einen eigenen Staat. Deshalb stehen wir auch in Solidarität zu den Menschen in Palästina, insbesondere zu den christlichen Kirchen und Einrichtungen im Nahen Osten.

7 In der Evangelischen Kirche von Westfalen sind wir mit vielen Menschen in Israel und in Palästina eng verbunden, mit Juden, Christen und Muslimen, mit kirchlichen Partnerinnen und Partnern wie der *Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land*, wie der Bildungsarbeit in der *Deutschen Schule Talitha Kumi in Beit Jala*, sowie zahlreichen Organisationen, die sich für Frieden und Versöhnung einsetzen wie *Tent of Nations*, *Brass for Peace*, *Nes Ammim*, *Aktion Sühnezeichen*, das *Leo-Baeck-Center* in Haifa und das *Rossing Center* in Jerusalem, oder auch für die Förderung von Menschen mit Behinderungen wie das *Sternberg Rehabilitationszentrum*, um nur einige der Partnerinnen und Partner zu nennen.

Was können wir als Kirchengemeinden tun?

Kirchengemeinden in Westfalen haben in den vergangenen Wochen schon viele Zeichen der Solidarität und Verbundenheit mit Israel und Jüdinnen und Juden in unserem Land gezeigt. In verschiedenen Gedenkveranstaltungen wurde der Opfer von Terror und Krieg in Israel und auch auf palästinensischer Seite gedacht. In Friedensgebeten wurde ein Ort geschaffen, Trauer und Betroffenheit auszudrücken und gleichzeitig für Frieden und ein Ende von Terror und Krieg zu beten. Manchmal war es möglich, dies über den Rahmen der eigenen Kirchengemeinde hinaus zu tun oder auf Kirchenkreisebene auch unter Beteiligung von jüdischen Gemeinden, vereinzelt auch im Beisein eines Imams.

Das, was dem Frieden und Zusammenhalt auch in unserer Gesellschaft dient, was Menschen jüdischen, christlichen und muslimischen Glaubens füreinander Verständnis und Sensibilität finden lässt, hilft, einen Weg zu finden, in dieser Situation nicht zu schweigen, aber auch mit Bedacht und Zurückhaltung sowie der nötigen Klarheit zu sprechen oder die Stille des Gebets zu suchen.

Nicht überall haben wir die Partnerinnen und Partner, die bereit sind, an gemeinsamen Friedensgebeten teilzunehmen oder mitzuwirken, auch das ist auszuhalten und zu akzeptieren. Auch hier gilt es, mit Augenmaß und Kenntnis zu handeln. Deshalb ermutigen wir Sie, sprechen Sie die für Ihre Kirchenkreise zuständigen Synodalbeauftragten für das Christlich-Jüdische Gespräch, für den Christlich-Islamischen Dialog an sowie die Friedensbeauftragten Ihrer Kirchenkreise und lassen Sie sich von ihnen beraten.

Bleiben Sie, soweit möglich in Kontakt mit ihren Partnerinnen und Partnern in Israel und Palästina. Manche werden sich dankbar zurückmelden oder auch um Hilfe bitten. Von anderen werden Sie vielleicht keine Antwort bekommen oder erst sehr viel später. Wir können uns hier in Deutschland kaum vorstellen, was Menschen in Israel und Palästina zurzeit an Angst, Unsicherheit, Trauer oder auch existentieller Not durchleben.

Sie können Partnerinnen und Partnern in Israel und Palästina auch finanziell unterstützen. Möglichkeiten finden Sie auf der Webseite des oikos-Institutes: www.oikos-institut.de

Schlussbemerkung

Wir vertrauen darauf, dass es eine friedvolle Zukunft geben wird, wenn der gegenwärtige Terror und der Krieg ein Ende gefunden haben werden.

Es ist die Hoffnung, die der jüdische Religionswissenschaftler Schalom Ben-Chorin in einem Gedicht bereits 1942 zum Ausdruck gebracht hat. Ein Text, den Fritz Baltruweit 1981 als Lied vertont hat, das seit 1996 zu unserem Gesangbuch gehört:

**„Freunde, dass der Mandelzweig wieder blüht und treibt,
ist das nicht ein Fingerzeig, dass die Liebe bleibt?
Dass das Leben nicht verging, soviel Blut auch schreit,
achtet dieses nicht gering in der trübsten Zeit...“**

Bielefeld, 15. November 2023

An der Orientierungshilfe haben mitgearbeitet:

Pfarrer Christian Bald

Superintendent des Kirchenkreises Bielefeld und Friedensbeauftragter der EKvW

Katja Breyer

Beauftragte für den Kirchlichen Entwicklungsdienst, Brot für die Welt, oikos-Institut der EKvW

Pfarrer Dr. Christian Hohmann

Referent für Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK); Catholica; Orthodoxie, oikos-Institut für Mission und Ökumene der EKvW

Pfarrer Ralf Lange-Sonntag

Beauftragter für christlich-jüdischen Dialog, Beauftragter für christlich-islamischen Dialog, Beauftragter für interreligiösen Dialog der EKvW

Pfarrer Jens Nieper

Vorsitzender des Unterausschusses Naher und Mittlerer Osten des Ständigen Ausschusses für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der EKvW

Thomas Sohst

Mitglied in der Begleitgruppe Frieden der EKvW

Uwe Trittman

Studienleiter für Friedensethik, Außen- und Sicherheitspolitik, Evangelische Akademie Villigst im Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW

Auf der Webseite des oikos-Institutes finden Sie umfangreiche Informationen und Materialien zum Krieg im Nahen Osten. Diese werden regelmäßig aktualisiert.

www.oikos-institut.de/angebot/krieg-in-nahost

Bildnachweis: Anna__Adobestock, Christian Hohmann

Eine Veröffentlichung des oikos-Institutes für Mission und Ökumene der EKvW in Kooperation mit der Evangelischen Akademie im Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW

oikos-Institut
für Mission und Ökumene
Evangelische Kirche von Westfalen



Evangelische Akademie Villigst im
Institut für Kirche und Gesellschaft
Evangelische Kirche von Westfalen



Impressum

oikos-Institut für Mission und Ökumene der Evangelischen Kirche von Westfalen
Olpe 35, 44135 Dortmund
Redaktion: Katja Breyer, Christian Hohmann, Ralf Lange-Sonntag
V. i. S. d. P.: Dirk Johnen
Telefon: 0231 5409-70, E-Mail: oikos-institut@ekvw.de
www.oikos-institut.de